

Politik



Zur Selbstorganisation von MigrantInnen in der Bundesrepublik findet vom 6.-10.12. ein Kongress in Düsseldorf statt

Seite 2

PolDi



Das Angebot, Geld zu bekommen, ohne arbeiten zu müssen, klingt zunächst einmal verlockend, hat aber seine Tücken

Seite 3

Migration



„Gegen den rassistischen und sexistischen Normalzustand“ war das Motto der Demo am 25.11. am Frauenabschiebeknast in Neuss

Seite 4



<http://bo-alternativ.de>



Holt den Glühwein raus Streikt die RUB?

Nicht nur an der Ruhr-Universität regt sich Widerstand gegen die immer schneller voranschreitenden Pläne zur schleichenden Einführung von Studiengebühren, welche zur Zeit noch euphemistisch Studienkonten genannt werden. Auch in anderen Ländern der Europäischen Union protestieren Studis gegen die Privatisierung der Bildung und das europäische GATS-Abkommen.

Besonders starker Protest regt sich in Spanien. Dieser richtet sich gegen das von der konservativen Regierung unter Ministerpräsident José María Aznar ins Parlament eingebrachte LOU (Ley de Ordenación Universitaria; Gesetz zur Ordnung der Universitäten). Dieses Gesetz sieht vor, die Pläne, die in Deutschland schleichend und über einen längeren Zeitraum verteilt, quasi zur besseren Verdauung, realisiert werden sollen, im Hauruckverfahren durchzuboxen. Dies führte nun dazu, dass bereits elf Unis des Landes bestreikt werden. Das Bemerkenswerte an diesen Protesten ist, dass sie nicht nur von Studis getragen werden. Auch Angestellte der Unis, von den ProfessorInnen bis zu den Haus-

meisterInnen, schlossen sich an. So unterzeichneten beispielsweise 6.500 (!) ProfessorInnen ein Manifest gegen die Verabschiedung des LOU.

Auch bei den hierzulande eher für hervorragenden Fußball und eine nette Drogenpolitik bekannten NiederländerInnen wächst der Widerstand seitens der Studierenden. In der Universität von Groningen etwa besetzten rund 40 Studis ein universitäres Gebäude und verrammelten es mit Tischen, Stühlen und anderen Barrikaden. Ihr Protest richtet sich vornehmlich gegen den zunehmenden Einfluss der Privatwirtschaft auf die Unis und Lerninhalte. Veranstaltungen nach dem Motto „Dieses Seminar wurde Ihnen präsentiert von Firma XY“ sind dort keine Seltenheit mehr. In Griechenland beschränkt sich der Protest bisher auf Thessaloniki, wo Studis bereits mehrere Veranstaltungen gegen die Bildungsprivatisierung durchgeführt haben. Als Problem gilt für sie noch die mangelnde europaweite Vernetzung der Proteste. Was genau nun in Bochum passieren wird (ob es etwa zu so großen Vollversammlungen und revolutionären Beschlüssen wie „Wir streiken bis Weihnachten!“ „Und wir bis Ostern!“ kommen wie 1997 in der Mensa, siehe Bild), steht zwar noch nicht fest, da Protest ja auch immer die Beteiligung von vielen bedeutet. Aber vielleicht gibt es an der Ruhr-Uni bald wieder einen glorieichen Streik wie dereinst im WS 97/98. Die Vorbereitungen laufen.

WC



Rechtliche Schritte gegen Rasterfahndung, Demonstration am 9. Dezember in Düsseldorf Gegen den Überwachungsstaat

Vorletzten Montag, am 19.11.2001, informierte auf Einladung der Alternativen Liste an der Essener Uni der Münsteraner Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöhl über die juristischen Hintergründe der Rasterfahndung und den Stand der Beschwerden von Studenten aus mehreren nordrhein-westfälischen Universitäten gegen die gerichtliche Anordnung, auf welche die Polizei ihre Maßnahmen stützt. Achelpöhl vertritt die meisten dieser Studis und geht auch selbst gegen die Herausgabe seiner Daten durch das Einwohnermeldeamt vor. Für den 9.12. rufen StudentInnenvertretungen aus ganz Nordrhein-Westfalen, BürgerInnenrechts- und Antifagruppen unterstützt von GewerkschaftlerInnen zum öffentlichen Protest gegen die Rasterfahndung und den Abbau von Schutzrechten der BürgerInnen gegen den Staat auf.

Nach einleitenden Worten durch einen Sprecher der Alternativen Liste stellte Achelpöhl die Argumente der Beschwerdeführer gegen die Anordnung zur Rasterfahndung durch das Amtsgericht Düsseldorf vor und holte dabei weit aus in den Bereich Geschichte der Rasterfahndung. Seinen Ausführungen zufolge ist die Rasterfahndung keine „echte“ Fahndung im Sinne der Suche nach TäterInnen, sondern dient der Gefahrenabwehr und ist deshalb in den Polizeigesetzen der Länder geregelt.

Sie kann vom zu betreibenden Aufwand her beliebig ausgebaut werden. Bei den ersten Rasterfahndungsmaßnahmen in den siebziger und achtziger Jahren wurden etwa die KundInnenlisten von Elektrogeschäften in die Ermittlungen mit einbezogen oder auch die Behördenakten über die Hundesteuer. Wer einen Hund hielt und für ihn Steuern bezahlte, fiel ins Raster. Schlecht für WG-BewohnerInnen oder, so Anfang der Achtziger, gesehen, für einen Rentner, dessen Tochter ihm einen Telefonanschluss geschenkt hatte: Er wurde von einer verummten Antiterrorreinheit mit der Waffe im Anschlag beim-

gesucht. Solche und andere Pannen, denen nur vereinzelt Erfolge gegenüberstanden, führten dazu, dass die Rasterfahndung als Methode nicht mehr verwendet wurde. Das BKA bilanzierte 1985 eine Welle von Empörung, zu groß war die Befürchtung der BürgerInnen, unschuldig in polizeiliche Maßnahmen zu geraten.

Das Bundesverfassungsgericht zog aus dem Scheitern der Rasterfahndung und anderer Maßnahmen 1983 den Schluss, dass die BürgerInnenrechte nur dann ohne Furcht vor Repressalien wahrgenommen werden können, wenn der behördlichen Datensammelwut Grenzen gezogen werden. Klar: Es hat die Innenbehörden nicht zu interessieren, wer wann auf welche Demo geht, sonst wird das Demonstrationsrecht ausgehöhlt. Das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ wurde entdeckt. Wer zum Beispiel einer Behörde oder einem Telefonanbieter seine oder ihre Kontonummer mitteilt, muss davon ausgehen können, dass diese Daten nur für die vorgesehenen Zwecke verwendet werden. Die Einrichtung der Datenschutzbeauftragten wurden geschaffen, um die informationelle Selbstbestimmung zu gewährleisten. Eine Rasterfahndung ist natürlich direkt gegen dieses Recht gerichtet.

Diese Rasterfahndung ist rechtswidrig

Im Rahmen der Grenzziehung für die Sammelwut der Behörden wurde auch die Rasterfahndung an Bedingungen geknüpft und in manchen Bundesländern gleich ganz abgeschafft. Das NRW-Polizeigesetz sieht vor, dass die Polizei

ein Gericht vor Beginn einer Rasterfahndung fragen muss und dass diese nur zulässig ist, wenn eine gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben gegeben ist. Achelpöhl nannte dafür das Beispiel einer Entführung: Von einer gegenwärtigen Gefahr wäre etwa die Rede, wenn das Opfer sich bereits in der Hand seiner EntführerInnen befindet. Von einer solchen Gefahr kann in NRW natürlich keine Rede sein, wie auch die InnenministerInnen des Bundes und der Länder bei jeder Gelegenheit betonen, zuletzt auch der NRW-Innenminister Behrens. Die Gerichte in Nordrhein-Westfalen weigern sich bislang, dieses Scheunentor zu sehen und bringen zunehmend alibierende Gründe vor, warum eine gegenwärtige Gefahr gegeben sei. So führte etwa das Landgericht Düsseldorf, das mit den Beschwerden der Studenten aus NRW befasst war, an, demnächst sei ganz bestimmt mit einer solchen Gefahr zu rechnen. Schließlich stehe ein militärisches Eingreifen der Bundeswehr in den Krieg in Afghanistan bevor. In Hessen orakelte das Landgericht Wiesbaden gar, für den Tag, das der Bundestag ein solches Eingreifen beschließe, sei mit militanten Massenprotesten von Muslimen in Deutschland zu rechnen. Auf die wartet das LG wohl noch bis heute, während die Rasterfahndung munter weitergeht. Rechtsanwalt Achel-

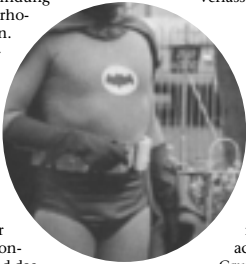
... Fortsetzung auf Seite 2

Ausgeraste(r)t

pöhlern jedenfalls rechnet damit, dass die Argumentation der Gerichte mit zunehmender zeitlicher Dauer immer weniger haltbar wird und die Beschwerdeführer in der nächsten Instanz Recht bekommen werden. Die Rasterfahndung müsste dann gestoppt und die erhobenen Daten gelöscht werden. Theoretisch hätten die Erfassten sogar ein Recht auf eine Entschädigung. Ob die Polizeiapparate nach einer solchen Niederlage noch versuchen würden, über die sogenannte „Justizschiene“ erneut eine Genehmigung zur Rasterfahndung zu erhalten, sei stark zu bezweifeln. Außerdem stünden sie bei einer solchen Fahndung unter der Kontrolle der Staatsanwaltschaft und das könne ja nicht schaden.

Ganz praktisch hat die Rasterfahndung für zahlreiche Menschen bereits negative Folgen. In Essen wusste ein AStA-Referent davon zu berichten, dass die AStA-Wohnungsvermittlung sich verstärkt mit dem Wunsch von VermieterInnen konfrontiert sieht, keine „Ausländer“ vermittelt zu bekommen. In Münster wurde ein Jura-Student mitten im Examen von der Polizei heimge-

sucht, was sich natürlich herumsprach. Im Wohnheim und auch am Institut wird er seitdem schräg angesehen. Und vielleicht wissen ja auch seine PrüferInnen davon, auf deren Vorurteilslosigkeit er sich jetzt wohl verlassen muss.



Weihnachten und Willkür

Für die Polizeiapparate muss der Anschlag auf das World Trade Center ein Geschenk gewesen sein, als würden Weihnachten und Ostern auf einen Tag fallen: Reihenweise fallen die seit Anfang der achtziger Jahre aus gutem Grund errichteten Hürden. Als ein Beispiel verwies Achelpöhlern darauf, dass es Gerichten bis vor Kurzem noch als ein unverhältnismäßiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte galt, wenn die Polizei in Zusammenhang mit einer Ordnungswidrigkeit die Fingerabdrücke eines Beschuldigten aufnahm. Und jetzt sollen solche Eingriffe mal eben flächendeckend der gesamten Bevölkerung zugemutet werden. Als krasses Beispiel polizeilicher Willkür verwies Achelpöhlern auf die Rasterfahndung bei den Energieversor-

gungsunternehmen. Das BKA hatte die Stadtwerke, darunter auch die Bochumer Stadtwerke, zur Herausgabe von MitarbeiterInnen-daten aufgefordert - ohne jede gesetzliche Grundlage.

So nicht! Demo am 9.12.

Unter dem Motto „Freiheit stirbt mit Sicherheit“ rufen das Landesastentreffen NRW, weitere StudentInnenvertretungen und der studentische Dachverband *freier Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs)* für den 9.12. zu einer landesweiten Demonstration gegen den Abbau von Schutzrechten gegen den Staat in Düsseldorf auf. Auf der Demonstration sollen neben StudentInnenvertretungen auch Gewerkschafter, BürgerInnenrechtsverbände und eine Bundestagsabgeordnete in Redebeiträgen zu Wort kommen.

Natürlich ruft auch der AStA der Ruhr-Universität dazu auf, sich an dieser Demonstration zu beteiligen. „Protest gegen den Sicherheitswahn Schilys und der Sicherheitsapparate ist eine moralische Pflicht“, meint etwa der AStA-Referent Rolf van Raden.

geka

Freiheit stirbt mit Sicherheit! Demonstration gegen Rasterfahndung und Sicherheitswahn. Sonntag, den 9.12.01, Treffpunkt ist um 14.00 Uhr auf dem Grabbplatz (Kunstsammlung NRW) Düsseldorf

6.-10. Dezember: Flüchtlingskongress in D'dorf Menschenrecht Asyl

Vom 6. bis zum 10. Dezember findet an der Düsseldorfer Fachhochschule ein Flüchtlingskongress statt. Thema: Menschenrechtsverletzungen und die Situation politischer Häftlinge in den Herkunftsländern von Flüchtlingen, die Lage von Flüchtlingen in Abschiebegefängnissen und die rassistische Politik in Deutschland.

Während z.B. in Frankreich die Selbstorganisation von MigrantInnen durch die Bewegung der Sans-Papiers schon vor einigen Jahren einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurde und in ihren Kämpfen u.a. gegen institutionellen Rassismus auch Erfolge erzielt hat, sind selbstorganisierte Gruppen von Flüchtlingen in Deutschland relativ neu und besitzen sicherlich auch nicht die gleichen Voraussetzungen wie die Sans-Papiers, da viele Flüchtlinge in Frankreich aufgrund der Kolonialzeit die französische Sprache beherrschen und sich deshalb leichter in der Öffentlichkeit artikulieren können.

The Voice Africa Forum

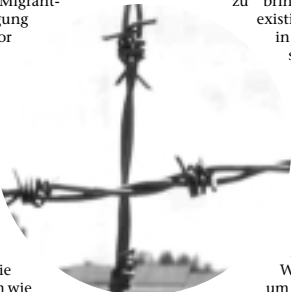
Der Kongress ist ein Projekt einer solchen Selbstorganisation, veranstaltet vom *The Voice Africa Forum*, einer Gruppe von Flüchtlingen, die bereits im letzten Jahr durch einen von ihr durchgeführten Kongress mit 600 TeilnehmerInnen in

Jena auf sich aufmerksam machte. Gegründet 1996, um die verschiedenen Interessen von Flüchtlingen in Deutschland zu vertreten, hat sich die Gruppe das Ziel gesetzt, eine Veränderung der herrschenden Flüchtlingspolitik zu erreichen. Neben konkreten Kampagnen wie z.B. gegen die Residenzpflicht - welche Flüchtlingen nicht erlaubt, den Landkreis in welchem sie gemeldet sind zu verlassen - oder die Abschiebepolitik, geht es *The Voice* auch darum, die Selbstorganisation von Flüchtlingen in den unterschiedlichen Bundesländern und den einzelnen Städten voran zu bringen. Mittlerweile existieren Gruppen u.a. in Jena, Berlin, Düsseldorf und Darmstadt.

Der Kongress

Der Kongress in Düsseldorf ist für alle Interessierten offen und gliedert sich in verschiedene Arbeitsgruppen, Workshops, ergänzt um Konzerte, Theatervorstellungen und Kundgebungen. Thematisiert werden auf der einen Seite die politische Verfolgung in Lateinamerika, Sri Lanka oder auch Afghanistan, auf der anderen Seite Elemente rassistischer Politik wie die Abschiebepolitik. Dabei wird sich eine in Zusammenarbeit mit der *Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen* organisierte Arbeitsgruppe speziell mit dem Thema Residenzpflicht auseinandersetzen.

Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung wird die Veranstaltung, zu der MenschenrechtsaktivistInnen, ehemals als politische Gefangene inhaftierte Flüchtlinge und AnwältInnen aus den Herkunftsländern von Flücht-



Grüne Hooligans

Bereits zum dritten Mal in diesem Jahr trabten am 17.11. Neonazis durch Hagen. Lediglich 150 „Kameraden“ fanden den Weg, 1200 PolizistInnen hatten wieder nichts besseres zu tun, als 200 GegendemonstrantInnen einzukesseln. Dabei führten sie der versammelten Presse vor, wie sie mit AntifaschistInnen umzugehen pflegen, indem sie die JournalistInnen mit Fragen nach Ausweisen und Sozialversicherungsausweisen schikanieren und mit Beschimpfungen wie „Pressearsch“ bedachten. Was einem Redakteur des *Wochenkuriers Hagen* zu der Erkenntnis verhalf, dass es auch, so die Überschrift, „Grünbewamste Hooligans“ gebe, vom Staat bezahlt. Tja, die Erkenntnis ist uns nicht neu.

Flüchtlinge besetzen Wohnungsamt

Rund 50 Roma haben in Köln am 8. November das Wohnungsamt besetzt, weil sie nicht in Containerlager in Kalk umziehen wollen. Bisher konnte der Verdacht, dass der Boden dort kontaminiert sei, nicht ausgeräumt werden. Dort wo das Containerdorf auf dem ehemaligen Gelände der Chemischen Fabrik Kalk (CFK) steht, befanden sich zwar nie Produktionsanlagen, doch mag der Kölner Flüchtlingsrat den Beteuerungen der Stadt nicht glauben. Die städtische Unbedenklichkeitserklärung basiert auf zwei Gutachten aus den Jahren 1995 und 1997, die laut Stadt offiziell zwar bei der Betreiberfirma einzusehen sind, jedoch von dieser nicht herausgegeben werden. Das einzige dem Flüchtlingsrat vorliegende Gutachten aus dem Oktober 2000 stellt dagegen fest, dass die Schadstoffe „sich mobilisiert“ hätten, so dass eine Kontamination angrenzender Geländeteile (wie z.B. dem, auf dem die Flüchtlingscontainer stehen) nicht ausgeschlossen werden kann.

Fachschaften aktiv gegen Studiengebühren

Am Montag fand ein Treffen von FachschaftsvertreterInnen, AStA-RepräsentantInnen und anderen Interessierten statt, um Aktionen im Rahmen der geplanten Protestwoche gegen Studiengebühren und für bessere Studienbedingungen vom 10. - 14.12. zu besprechen und zu planen. Daneben wurde das weitere Vorgehen bis dahin besprochen.

Aufgrund der im Moment eher schlechten Lage der Grünen und der im nächsten Jahr anstehenden Bundestagswahlen scheint der Kampf gegen Studiengebühren derzeit relativ gute Chancen zu haben: Ein weiteres gebrochenes Wahlversprechen wird sich der kleinere Koalitionspartner wohl kaum leisten können - vorausgesetzt der Widerstand wird laut genug... Und der Widerstand formiert sich: In vielen Unis sind Vollversammlungen geplant, in Düsseldorf wird offen von Streik gesprochen, in Gießen hat das Rektorat die DozentInnen zu Überstunden aufgerufen - die Unileitung hat Angst vor den Studierenden!

Auch in Bochum regt sich etwas: Am 5.12. ist eine Uni-Vollversammlung geplant, am 14.12. fährt ein Bus von Bochum zum Brüsseler EU-Gipfel - Tickets gibt's im AStA.

Das nächste Koordinationstreffen ist am Montag um 19 Uhr im Foyer des Studihauses.

Am Montag fand ein Treffen von FachschaftsvertreterInnen, AStA-RepräsentantInnen und anderen Interessierten statt, um Aktionen im Rahmen der geplanten Protestwoche gegen Studiengebühren und für bessere Studienbedingungen vom 10. - 14.12. zu besprechen und zu planen. Daneben wurde das weitere Vorgehen bis dahin besprochen.

Politischer Dienstag: Existenzgeld Sackgasse oder Ausweg?

Die alten Mechanismen der sozialen Sicherung haben ihre Wirkung verloren. Denn für die funktionierende „Solidargemeinschaft“ war es notwendig, genügend Menschen in den Produktionsprozess einzubeziehen. Dies ist nach der immensen Entwicklung der Produktivität in den letzten Jahren unmöglich geworden.

Eine Folge: Die Armutsberichte diverser Wohlfahrtsgesellschaften attestieren eine immer größer werdende Armut. Während z.B. die Regierung versucht, das Problem Armut zu individualisieren und den Betroffenen selbst die „Schuld“ an

ihrer Lebenssituation gibt (nach dem Motto: wer Arbeit will, der bekommt auch welche), fordert eine Minderheit, als Konsequenz des oben beschriebenen Phänomens, die Entkoppelung von Arbeit und Einkommen. Sie fordert ein Existenzgeld in Höhe von 1500 DM + Warmmiete für alle und ohne Arbeitszwang bzw. Bedarfsprüfung. Wie das funktionieren soll und finanziert werden könnte, soll Gegenstand der Veranstaltung sein. Jedoch wird auch Kritik von linker Seite an dieser Forderung formuliert, da in dieser Forderung gewisse Gefahren lauern. Sie impliziert nämlich, dass der Kapitalismus allen ein gutes Leben ermöglichen könne, wenn Reichtum nur entsprechend verteilt würde, da das

Existenzgeld ja nicht die kapitalistische Produktionsweise in Frage stellt, sondern auch innerhalb einer kapitalistischen gedacht werden kann. Diese und andere Kritikpunkte dürfen nicht unter der Teppich gekehrt werden, wenn über das erstmalig sympathisch klingende Existenzgeld diskutiert wird.

Auf dem Podium sitzen Petra Leischen und Otto vom Referat für Grund- und Freiheitsrechte. Petra Leischen lebt in Berlin und ist Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeeinitiativen, die das Existenzgeld fordert und begründet.

Ort: KulturCafé der Ruhr-Uni-Bochum
Zeit: 04.12.01 um 20 Uhr

Marxismus in Lateinamerika Revolutionäre aus Mexiko

Gibt es etwa in Mexiko auch marxistische TheoretikerInnen? Diese Frage stellen sich sicherlich so einige, die zum ersten Mal das Buch Peripherer Marxismus. Kritische Theorie in Mexiko von Stefan Gandler in den Händen halten. Der Autor, seines Zeichens Philosophie-Dozent an der Universität von Queretaro, skizziert in seiner letztes veröffentlichten Dissertation die theoretischen Überlegungen von Adolfo Sánchez Vázquez und Bolívar Echeverría.

Diese beiden Philosophen, die an der Autonomen Nationalen Universität Mexikos (UNAM), der grössten Uni Lateinamerikas, lehren, zählen zu den bedeutendsten Vertretern eines undogmatischen Marxismus in Lateinamerika. Erstes Anliegen dieser Studie ist es, mit dem auch im akademischen Diskurs vorherrschenden Eurozentrismus zu brechen. Es geht dem Verfasser also nicht nur darum, speziell diese beiden Denker den LeserInnen vorzustellen, sondern auch grundsätzliches Interesse zu wecken für eine Beschäftigung mit Theoriebildung, wie sie jenseits des großen Teiches und darüber hinaus auch noch südlich des Rio Grande existiert. Denn leider gilt auch in einer emanzipatorischen Linken Europa oftmals noch als Mittelpunkt der Erde und Hort der Aufklärung, während andere Teile dieser Erde meistens nur als Objekt der Begierde oder belächeltes Randphänomen erscheinen. Dass viele der existierenden Schriften nicht in deutscher Sprache vorliegen ist oft nicht Grund für das Problem, sondern Symptom eben dieser Krankheit.

Gandler ist nun endlich einer der ersten, der sich bemüht, mit diesem Problem zu brechen. Hierbei stellt er an den Anfang seines Buches eine umfang-

reiche biographische Beschreibung der besprochenen Autoren. Der Grund dafür ist neben der Tatsache, dass beide sicherlich in Deutschland noch nicht einmal dem Namen nach bekannt sind, nicht zuletzt auch, dass die genannten Autoren selbst immer wieder betonen, dass ihre Biographien wichtigen Einfluss auf ihre Theorieproduktion gehabt haben.

Sánchez Vázquez und sein Begriff von Praxis

Bei dem ursprünglich aus Spanien stammenden Sánchez Vázquez geht dieser Einfluss vor allem auf seine Erfahrungen im spanischen Bürgerkrieg zurück. Nach diesem Krieg musste er vor den spanischen FaschistInnen fliehen, und kam so, wie viele seiner GenossInnen, nach Mexiko, dem einzigen Land auf der Erde, welches alten SpanienkämpferInnen Asyl gewährte. Ausgehend von diesen Erfahrungen beschäftigt er sich in seinem Werk mit dem Begriff der Praxis. Ausgehend von Marx' Feuerbachthesen und dessen Praxisbegriff versucht Sánchez in seinem Hauptwerk *Filosofía de la praxis* (Philosophie der Praxis) Alternativen jenseits eines theoriefeindlich-naïven Aktionismus oder aber auch eines oftmals zu sehr in der Theorie verhafteten Denkens, welches die Möglichkeiten einer emanzipatorischen Praxis oft nicht sieht, zu entwickeln. Hierbei befasst er sich auch kritisch mit in Europa entwickelten Theorien zu diesem Thema und versucht so über die von Marx entwickelten Erkenntnis-konzepte hinauszugehen, wendet sich aber besonders gegen die Geschichts- und Klassenmetaphysik des Traditionsmarxismus, für den die ArbeiterInnenklasse als klassisches revolutionäres Subjekt galt, welches, erst einmal von der Partei ans Händchen genommen, die gewünschte Weltrevolution schon machen würde.

Ethostheorie von Bolívar Echeverría

Dem Ecuadorianer Echeverría ist es dagegen auch explizit um eine Kritik des Eurozentrismus getan. Während seines Studienaufenthal-

tes in Deutschland in den sechziger Jahren stieß ihm oftmals auf, dass er, da er nicht aus den europäischen Metropolen stammt, nicht ernst genommen wurde. Nach seinem Aufenthalt in Westberlin konnte er auf Grund der in Ecuador herrschenden Militärjunta nicht nach dorthin zurückgehen und entschied sich daher für eine Übersiedlung nach Mexiko.

Mit dem Begriff des Eurozentrismus meint Echeverría zunächst einmal die für ihn auch in marxistischen Diskussionen häufig vorherrschende Meinung, dass nur in Europa, aufgrund der dortigen modernen Produktionsverhältnisse, eine relevante revolutionäre Theorie oder auch Praxis entwickelt werden könne. Darüber hinaus kritisiert er aber auch die in weiten Teilen der lateinamerikanischen Linken vorherrschende Meinung, dass nur durch eine weitreichende und nachhaltige Entwicklung der Produktivkräfte in Lateinamerika der Anschluss an die sogenannte erste Welt und somit eine Verbesserung der Lebensverhältnisse geschehen könne. Dass auch weite Teile traditionsmarxistischer Parteien in Lateinamerika glauben, revolutionäres Potenzial könne nur in einem entsprechend aufgeklärtem Industrieproletariat entstehen, sei nur am Rande erwähnt.

Dem entgegen setzt Echeverría sein Konzept der „vier Ethen der kapitalistischen Moderne“. Hierbei geht es ihm grob gesagt vor allem darum, aufzuzeigen, auf welche unterschiedlichen Arten und Weisen die Menschen versuchen, mit den eigentlich unmenschlichen Bedingungen im Kapitalismus irgendwie zurecht zu kommen. Das Besondere an seiner Theorie ist nun, dass er in den heutigen Verhältnissen teilweise Ansätze sieht, die seiner Meinung nach in eine nichtkapitalistische emanzipatorische Gesellschaftsordnung hinübergerettet werden sollen.

Viel Gerede, wenig abstrakt Konkretes

Leider ist es aber an dieser Stelle nicht möglich, in detail über die Theorien der beiden undogmatischen Marxisten zu berichten. Denn bei allem Bemühen von Stefan Gandler, den LeserInnen die beiden Autoren näherzubringen, bleibt er doch oftmals an der Oberfläche stecken. Er beschreibt zwar detailliert, welche Einflüsse die beiden Autoren zu ihren Theorien geleitet haben und erklärt besonders ihre Rückgriffe auf Marx genau, aber dies geschieht oft zu umfangreich. Dabei bleiben die eigentlichen Überlegungen von Sánchez Vázquez und Echeverría auf der Strecke und die Ethostheorie von Echeverría beispielsweise wird nur angerissen. Trotzdem erfüllt dieses Buch sicherlich seinen Anspruch, zumindest einen ersten Einblick in marxistische Theoriedebatten neueren Datums aus Lateinamerika zu geben. Alle, die dieses Vorhaben für grundsätzlich begrüßenswert halten und einmal über den europäischen Tellerrand hinweg schauen wollen, sei dieses Buch wärmstens empfohlen. Und vielleicht liegt das Werk dieser beiden Autoren ja eines Tages in deutscher Sprache vor.

WC

Stefan Gandler. Peripherer Marxismus; kritische Theorie in Mexiko. Argument Verlag Hamburg 1999.



:bsztermine

Mittwoch, 28. November

Frauen in Schwarz: Mahnwache gegen den Krieg gegen Afghanistan
17 Uhr, neben dem Glascafé (Kortumstraße), Bochum

„Offenes Antifa-Café“: Simpsons-Nacht

18 Uhr, Heinz-Westphal-Haus (Dorstener Str.262), Herne-Wanne

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Donnerstag, 29. November

Bildungsprivatisierung europaweit?

Vortrag und Diskussion mit Stefan Bienefeld (Mitglied der europäischen StudentInnenvertretung)
18 Uhr, KulturCafé

Öffentliche Mitgliederversammlung der Humanitären Cuba-Hilfe

20 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Freitag, 30. November

FKS-Party: Der Schuh des Manitu

21 Uhr, Film im HZO 20
danach Party im KulturCafé

„Soli-Rave für www.free.de“

„hotlines and friends“ machen am Freitag, den 30. November im Druckluft/Oberhausen einen Rave. Dafür haben wir ein paar Musikanten aus Berlin und dem Ruhrpott eingeladen, die moderne Tanzmusik zum Besten geben. Die Kohle ist für hotlines bzw. den Provider www.free.de.
22 Uhr, Druckluft, Oberhausen

Montag, 3. November

Initiative zur Rehabilitation der Bochumer Justizopfer des Kalten Krieges

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation), Bochum

Treffen der Medizinischen Flüchtlingshilfe

20 Uhr, Engelsburger Str. 168 (Gebäude der IFAK), Bochum

Dienstag, 4. November

Arbeit im „Dritten Reich“

Dr. A. von Plato, Fern-Universität Hagen, Erinnerung an Zwangsarbeiter. Die Erinnerung der Zwangsarbeiter
18 Uhr, Stadtarchiv (Kronenstraße 47-49)

Was bringt der Metrorapid für Bochum?

Referent: Georg Deppe, Vorstandssprecher des Verkehrsclub Deutschland (VCD)
19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Halle), Bochum

Miguel Mejides, Cuba „Perversiones en La Habana“

20 Uhr, Bhf. Langendreer (Raum 6), Bochum

„Die Hunde bellen... Von A bis (R)Z“

Eine Zeitreise durch die 68er Revolution und die militanten Kämpfe der 70er bis 90er Jahre.
20 Uhr, Zeche Carl (Wilhelm-Nieswandstr.), Essen

Mittwoch, 5. Dezember

Uni-Vollversammlung

zum Thema Studiengeldern
12 Uhr, HZO 10

„Offenes Antifa-Café“

Informationen zum EU-Gipfel in Brüssel (14.12.) und zum europaweiten SchülerInnen- u. StudentInnenstreik (10.-14.12.)
18 Uhr, Heinz-Westphal-Haus (Dorstener Str.262), Herne-Wanne

Friedensplenum

19.30 Uhr, Bhf. Langendreer (Eingang: Kino-Café Endstation)



Gegen den rassistischen und sexistischen Normalzustand

Demo gegen den Frauenabschiebeknast

Vergangenen Sonntag, den 25. November, demonstrierten etwa 200 Menschen gegen den in der Bundesrepublik einzigen Frauenabschiebeknast in Neuss. Der 25. November wurde 1982 von lateinamerikanischen Frauen zum internationalen Kampftag gegen Gewalt gegen Frauen erklärt. Dieser Tag begründet sich auf der Vergewaltigung und Ermordung von drei Frauen aus der Dominikanischen Republik, die 1960, als sie politische Gefangene besuchen wollten, von Militärs verschleppt und später vergewaltigt und getötet wurden.

Den Frauenabschiebeknast in Neuss gibt es seit 1993. Seit der damaligen faktischen Abschaffung des Asylrechts ist es für Flüchtlinge kaum noch möglich in Deutschland ein Bleiberecht zu bekommen, d.h. sie gehen „freiwillig“ oder werden abgeschoben. Um die Abschiebung sicherzustellen, werden viele Flüchtlinge in spezielle Abschiebeknäste gesperrt. Nach §57 des Ausländergesetzes werden Flüchtlinge in Abschiebehaft genommen, wenn sie versucht haben, sich ihrer Abschiebung zu entziehen oder der „begründete Verdacht“ dazu besteht. Solch ein Verdacht besteht z.B. dann, wenn bestimmte Fristen oder Termine nicht eingehalten wurden oder Flüchtlinge keine gültigen Papiere besitzen. Die Entscheidung liegt im Ermessen des Ausländeramtes, genauer des/der jeweiligen Beamten. In der Praxis werden die gesetzlichen Regelungen, die schon rassistisch genug sind, oft genug umgangen, so dass es beispielsweise vorkommt, dass ein Flüchtling während eines regulären Termins beim Ausländeramt von der Polizei verhaftet wird. Das Internieren von Menschen in Abschiebeknästen ist nur der Gipfel der rassistischen Sondergesetzgebung in der BRD, die immer wieder zum Tod von Flüchtlingen führt. Aus Angst

vor der drohenden Abschiebung haben sich seit 1993 mindestens 45 Menschen in Abschiebehaft das Leben genommen.

Frauenabschiebeknast Neuss

Im Knast in Neuss sind momentan zwischen 70 und 80 Frauen, darunter Schwangere und Minderjährige, inhaftiert. Die medizinische Versorgung ist unzulänglich und wird von einem Sanitäter geleistet, obwohl die Frauen schon lange eine Sanitäterin fordern. Die Besuchszeiten sind stark eingeschränkt, nur einmal die Woche für eine Stunde darf Frau Besuch bekommen und auch um das Telefonieren muss gekämpft werden. In der Regel wissen die Frauen nicht, warum sie inhaftiert worden sind, sie bekommen keine Informationen über ihr Verfahren, ihre Haftgründe und ihre Rechte; auch die Dauer der Haft, meistens mehr als sechs Monate, ist für sie nicht absehbar.

Gründe für Frauen aus ihrem Herkunftsland zu fliehen gibt es genug. Sie fliehen vor sexueller Gewalt, vor politischer Unterdrückung, vor Krieg, vor Armut. Geschlechtsspezifische Fluchtursachen werden aber von den deutschen Behörden nicht als Asylgrund anerkannt. Aktuelles Beispiel ist Afghanistan: patriarchale Verfolgung, die Verfolgung durch die Taliban oder das Verbot für Frauen, sich zu bilden und zu arbeiten ist in Deutschland kein Asylgrund. D.h. in Deutschland bleibt den Frauen, die trotzdem flüchten, oft nur die Wahl zwischen Heirat, Abschiebung oder Illegalität. Die Frauen, die sich für ein Leben in Illegalität entscheiden, d.h. keine Rechte beanspruchen können, leben in permanenter Angst aufgefunden und abgeschoben zu werden. Zudem bedeutet ein Leben in Illegalität für die Frauen Ausbeutung, Erpressung und Erniedrigung in Haushalten, Ehen, der Gastronomie und in der Sexarbeit. Der Frauenabschiebeknast in Neuss ist also nicht nur ein Symbol der rassistischen Einwanderungspolitik der BRD, sondern gleichzeitig Symbol einer Einwanderungspolitik, die patriarchale Unterdrückungsverhältnisse nicht als Flucht- und

Migrationsgrund anerkennt, sondern im Gegenteil, Sexismus und Rassismus in der eigenen Gesellschaft reproduziert.

Verschärfung des rassistischen Klimas

Maßnahmenkataloge wie Schilys Sicherheitspakete, die nach dem 11. September durchgesetzt wurden, sind ein Vorstoß, um Überwachungs- und Kontrollstrategien auf alle BürgerInnen anzuwenden. Für Asylsuchende sind sie längst gängige Praxis. Schon seit Beginn der 90er Jahre gilt für MigrantInnen das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ nicht mehr. Erkennungsdienstliche Behandlung, Speicherung und Weitergabe persönlicher Daten und ihre Erfassung im Schengener Informationssystem gehören für Asylsuchende zum üblichen Antragsprozedere. So soll gewährleistet werden, dass MigrantInnen sich nicht normabweichend verhalten, und so wird gleichzeitig eine schnelle Entledigung/Abschiebung sichergestellt. Neu ist, dass in Zukunft Einreiseverbote für Menschen verhängt werden, die „terroristischer“ bzw. „extremistischer“ Aktivitäten verdächtigt werden; Menschen, die verdächtigt werden, „extremistische Organisationen“ zu unterstützen, werden ausgewiesen. Nachgewiesen werden muss den MigrantInnen diese „extremistische“ Tätigkeit selbstverständlich nicht.

Die Sicherheitsdebatte trägt zu einer weiteren Verschärfung des rassistischen Klimas in Deutschland bei. Schon wenige Tage nach den breit angelegten Razzien gegen angebliche Verdächtige, die mit den Anschlägen am 11. September in Verbindung gebracht wurden, nahmen Pöbeleien und Übergriffe auf arabisch aussehende Menschen zu.

am

:bszkonsumterror

Bertie Botts Every-Flavour Beans

Ein Seufzen der Erleichterung geht durch die Mugglemeinden dieser Welt. Endlich können sie leben wie Harry Potter und all die anderen Hexen und Zauberer dieses Planeten. Bislang durften sie nur in Büchern über sie lesen, sie in Bildbänden, auf Postern und Kalendern, auf Tassen, Blöcken, Etuis, Lesezeichen, T-Shirts, Taschen und Schirmmützen anstarren, ihre weltlichen Kostbarkeiten in mit Harry bedruckten Kästen und Ordnern verstauen. Zwar gab es schon seit einiger Zeit diverse Schreibwaren, Tagebücher und ähnliches, die den Anschein erweckten, als seien sie tatsächlich Teil der Hogwarts-Ausstattung, etwa durch Hauslogos und gedruckte Tintenflecke, doch ach, clevere Muggles ließen sich davon nicht täuschen. Alles, was in den Läden so verlockend erschien, all die verschiedenen Gesichter Harrys, die uns anlächelten und nach wenigen Monaten des Ruhmes plötzlich immer einheitlicher wurden, alles war doch nur Geldmacherei der Mugglekapitalisten von Warner Bros, die zwar erfahren sind im Merchandising, aber eben auch nicht zaubern können. Da wollte nun plötzlich der nichtmagische Teil der Bevölkerung die Hexen nicht mehr verbrennen, sondern sein wie sie – ein Integrationswille, wie man ihn von Seiten einer Mehrheit gegenüber einer Minderheit selten erlebt hat – und sie mussten scheitern an ihrer Gewöhnlichkeit. „Bitter“, hörte man viele klagen.

Das vernahm wohl ein anderes Marketinggenie – MagierInnen oder Muggle ist jetzt nicht mehr wichtig, denn ein Copyright-Gerichtsverfahren gegen Warner Bros kann man wahrscheinlich auch durch Zauberkraft nicht gewinnen – und dachte sich: „Bitter ist schlecht, süß ist gut. Diese Muggle-MagierInnen-Liebe gehört erhalten, und Liebe geht bekanntlich durch den Magen. Es lebe Hexenessen für Muggles.“ Und so machte es „Bertie Botts Every-Flavour Beans“ den Muggles zugänglich. Der „Harry Potter“-Schriftzug auf jeder Bohne ist vielleicht nur da, damit nicht noch mehr Rufe nach innerer Sicherheit weltweit laut werden, denn eigentlich ist das Fremde natürlich nur spannend, solange es offiziell in die Schranken gewiesen werden kann. Nun denn, CIA und Schily beruhigt, dürfen sich die Muggles nun freuen über Bohnen, die wirklich JEDE Geschmacksrichtung haben können, einschließlich, wie angesehene MagierInnen berichten, Ohrenschmalz und Popel? Leider nein, die Muggelwelt wird geschockt, damit die Faszination nicht den Magen verätzt.

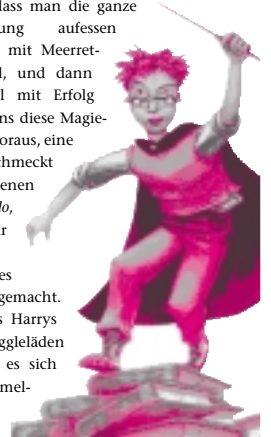


Das einzig Ungewöhnliche, was man nebst den traditionellen Fruchtarten erwischen kann, sind Tomate und Meerrettich. Selbst da fühlen sich jedoch manche enttäuscht.

Eine Muggle berichtete erzürnt: „Das Schlimme an diesen Dingen ist, dass man die ganze Packung aufessen

muss, weil man die Bohne mit Meerrettich-Geschmack finden will, und dann ist der Versuch nicht mal mit Erfolg gekrönt. Außerdem haben uns diese MagierInnen auch nicht sooo viel voraus, eine Geschmacksrichtung darin schmeckt original wie diese orangefarbenen Dinger aus Haribo Colorado, die es jetzt leider nicht mehr gibt.“

Noch ist also nicht alles perfekt, aber ein Anfang ist gemacht. Auch die Schokofrösche aus Harrys Reich sind übrigens in Muggeläden erhältlich, nur – an denkt es sich schon – die Fotos auf den Sammelkarten bleiben für Muggleauen unverändert.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Verena Witte, René Voss, Dominique Bender, Johannes Bock

Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Daniel Kloda (dek), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Andrea Manske (am), Tanja Tästensen (tas), Charlotte Ulrich (cu)

V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz>